

(17.6.1953)

Mit der Bourgeoisie heisst für die Bourgeoisie! Wer mit ihr politisch zusammenarbeitet, gerät in immer grössere Widersprüche zu den Interessen der Arbeiterklasse.

I.

"Wir halten uns für das Gedeihen unserer Wirtschaft ~~verantwortlich~~", erklärte der Präsident des OeGB, Johann Böhm (AZ 18.9.48)

"Wir" das ist die Gewerkschaftsbükratie und die SP -

"Unsre Wirtschaft", das ist die kapitalistische Wirtschaft.

Gewerkschaftsbükratie und SP halten sich verantwortlich für das Gedeihen der Profitwirtschaft! Und sie handeln darnach: sie sind Helfer, Diener der Bourgeoisie, sie stellen die Interessen der Kapitalisten über die Interessen der Arbeiter, die Interessen des Profits über die Interessen des Lohns. So verschuldeten sie die proletarischen Katastrophen - so bereiten sie neue proletarische Katastrophen vor. Aber die Arbeiter sollen das möglichst nicht durchschauen, darum reden die Sozialverräter von "unsrer Wirtschaft". Darum schwindeln sie, der (kapitalistische!) Staat, das sind "wir alle" (AZ 13.5.49), die (kapitalistische!) Wirtschaft, das sind "wir alle" (AZ 13.5.49). Mit diesen Betrugsformeln suchen sie die Arbeiter über den kapitalistischen schon Klassencharakter "unsrer" Wirtschaft, "unsres" "Staates" zu täuschen, um es ihnen möglichst zu erschweren, die äusserst wichtige Tatsache zu erkennen, dass SP und Gewerkschaftsbükratie für die Bourgeoisie wirken!

Mit diesen Lügenformeln wird die Grundtatsache des Bestehens der Klassen mit ihren widerstrebenden Interessen weggeschwimmt. Der Präsident der SP, Dr. Schärff, ging einen Schritt weiter; er taucht den Klassencharakter des kapitalistischen Staates wegzuschwindeln: "Die Vorstellung, der (kapitalistische!) Staat sei an und für sich eine Organisation zum Niederhalten der Arbeiterklasse, die mit dem Sieg der Arbeiterklasse überflüssig und daher zum Absterben verurteilt ist, entspricht, angesichts der ~~Wandlungen~~ Wandlungen, Änderungen, welche der Inhalt der Staatstätigkeit erfahren hat, nicht mehr den Tatsachen" (Die Zukunft, Oktober/November 1950).

Die "Wandlungen" "Änderungen" des Inhalts der Tätigkeit des des (kapitalistischen!) Staates, bestehen darin, dass die Bourgeoisie die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft, die kapitalistische Klassenherrschaft in Zusammenarbeit, Kollaboration mit den Sozialpharisäern betreibt: doch ändert die Tatsache der kapitalistischen Ausbeutung, den grundlegenden Gegensatz zwischen den ausgebeuteten Massen und der ausbeutenden Klasse? Keineswegs!

Gerade das zu verwischen, die Arbeiter darüber zu foppen, haben die Sozialheuchler das allergrösste Interesse, um ihren Sozialverrat fortsetzen zu können - ohne die Gefolgschaft der Massen zu verlieren. Allein die Sozialverräter geraten dadurch in immer schärferen Widerspruch mit den Tatsachen, mit den Interessen der Massen!

Dass die Besetzungstruppen die ausgebeuteten Massen niederhalten, kommt den Dr. Schärff, Helmer & Co sehr zu statten; sonst würden sie als treue Diener des Kapitals mit ihrer "Volkspolizei", "Volksgendarmarie" sehr bald in Aktion treten zum Schutz des Profits gegen die "begehrten" Massen. Sie wären längst schon entlarvt. Die Arbeiter würden das wahre Wesen der Sozialverräter sehr bald erkennen. Besonders die stalin russischen Besetzungstruppen leisten ~~so~~ so den Sozialpharisäern grosse Dienste.

Je grösser die Widersprüche, in die sie durch das Zusammenarbeiten mit dem kapitalistischen Klassenfeind der Arbeiter geraten, zu desto grösseren Lügen müssen die Schwindelsozialisten greifen.

Die AZ wagt es bereits, die Tatsache der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital zu leugnen: "Die Arbeiter haben sich von der Ausbeutung durch die Fabriksherren bereits befreit" (10.6.53)

Schliesslich spricht die AZ (11. 6.53) offen aus, dass es der SP darum geht die "Arbeiterklasse mit dem (kapitalistischen) demokratischen Staat zu versöhnen". Das heisst, die Arbeiter sollensich nach dem Willen der SP, mit dem (kapitalistischen) Staat abfinden, unter der Bedingung, dass die kapitalistische Klassenherrschaft über die ausgebeuteten Massen in Zusammenarbeit mit der SP und Gewerkschaftsbürokratie ausgeübt wird...

Die Sozialpharisäer kämpfen für die Bourgeoisie! Koalition mit ihr willkern sie gegen den Lohn, für den Profit, für die kapitalistische Klassenherrschaft über die Massen! Nur im Rahmen des Profits vertreten sie diese oder jene vorübergehenden Interessen der Ausgebeuteten - auf Kosten der Massen.

Ihrer Politik nach ist die SP eine prokapitalistische Partei: die Arbeiter vom konsequenten proletarischen Klassenkampf abzuhalten, sie der Bourgeoisie politisch dienstbar zu machen und zu erhalten, diese gegen die proletarische Revolution zu schützen - das ist die wirkliche Rolle der SP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie.

Sie können diese ihre verräterische Aufgabe nur erfüllen, wenn und solange die Arbeiter ihnen trotzdem in grosser Masse weiter folgen. Gegen den Sozialismus wirkend, müssen SP und Gewerkschaftsbürokratie alles daran setzen, der Arbeiterschaft vorzutäuschen, dass sie für den Sozialismus kämpfen.

Als Hauptmittel dazu bedienen sie sich seit 1945 der schwindelsocialistischen Verstaatlichung, der Verstaatlichung im kapitalistischen Staat. Doch gerade hier geraten sie immer mehr in Widersprüche nicht nur mit dem, was sie jahrzehntelang geltend, sondern auch immer mehr mit den Interessen der Massen. So entlarven sie sich immer mehr.

II.

AZ (17.9.48): "Wir haben den Kapitalismus geschwächt mit revolutionärer Sozialpolitik".

AZ (14.10.48): "Durch die bisherigen sozialistischen Massnahmen ist der Grosskapitalismus in Österreich geschwächt".

Dr. Scharf: "Die demokratische Politik führt in England, Schweden und in andern Staaten zuletzt zum Sozialismus" (AZ 24.11.48).

Waldbrunner: "Mit der Verstaatlichung unserer Grossbetriebe und Grossbanken haben wir einen grossen Schritt zu unsern sozialistischen Zielen getan" (AZ 3.11.50).

AZ: "Mit der 'Verstaatlichung ist ein Grundstock unserer Industrie dem Kapitalismus entrissen' (4.3.51).

AZ (auf dem Rückzug): "Die Verstaatlichung kann bestenfalls als Wirtschaftssystem bezeichnet werden, das zwischen dem Privatkapitalismus und der sozialistischen Wirtschaft liegt" (14.12.51).

Waldbrunner (noch auf dem Vormarsch): "Die Überführung der Schlüsselindustrien in die Gemeinwirtschaft und die Besetzung wichtiger Positionen durch die Arbeiterschaft (lies: durch die Arbeiterbürokratie) haben wir das Wirtschaftsmonopol einer kleinen Minderheit endgültig durchbrochen" (kritiklos von der AZ 24.6.52 veröffentlicht).

AZ: "Wie ja überhaupt die Vorstellung, dass die Gemeinwirtschaft eine rein sozialistische Angelegenheit sei, völlig irrig ist (11.6.53)!!!! Wer hat jahrelang die Arbeiterklasse über die Verstaatlichung irregeführt, belogen, betrogen? - Wer anders als die SP, Gewerkschaftsbürokratie und die AZ!

Mit der Verstaatlichung schwächen wir die Bourgeoisie, kommen wir dem Sozialismus näher, betreiben wir sozialistische Politik - da die Tatsachen diesen Lügen immer mehr widersprachen, sorgte die SP für Alibis, um sich darauf im Bedarfsfall den Massen gegenüber berufen zu können. Zugleich suchte sie, für ihre kapitalistische Verstaatlichung nach neuen Aufputz, der geeignet wäre, den Massen die Wahrheit genügend zu verschleiern:

Waldbrunner: "Erst mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien wurde einem neuen 1934 ein Riegel vorgeschoben (AZ 16.3.50).

Dieser Schwindelaufputz erwies sich als unhaltbar: "Verstaatlichung kann auch zum Faschismus führen", baute die AZ vor (14.11.51).

AZ: Die Verstaatlichung "schafft Voraussetzungen erhöhter Krisenfestigkeit" (3.10.50). Dieser Aufputz wurde bisher nicht beseitigt, aber die Kurzarbeit und die Entlassungen in Kapfenberg haben gezeigt, dass die (kapitalistischen) Staatsbetriebe keineswegs krisenfest sind, sondern denselben Widersprüchen unterliegen, wie alle kapitalistischen Betriebe. Nunmehr paradiert der Schwindelsozialismus zumeist mit folgendem Aufputz:

AZ: "Wirtschaftspositionen in der Hand des Staates, also der Allgemeinheit" (4.5.49) - der kapitalistische Staat wird in die "Allgemeinheit" umgelogen.

AZ: "Mit den verstaatlichten Betrieben wird ein Eigentum verwaltet, das allen Österreichern gehört" (21.4.50).

Waldbrunner: Durch die Verstaatlichung "wurde die Monopolstellung der Reaktionäre, der Banken und Grossbetriebe der Kontrolle des Volkes (lies: der Arbeiterbürokratie) zugänglich gemacht" (23.6.50).

Das soll den Arbeitern einreden, dass die Staatsbetriebe ihren Interessen oder wenigstens "auch ihren Interessen" dienen, die Lage der Arbeiter verbessern. "Das Gedeihen und die wirtschaftliche Führung der verstaatlichten Betriebe wird zum Garanten der Lebenshaltung der breiten Massen in Österreich" - so schwärmte Dr. Schörf (Die Zukunft, Oktober/November 50). Aber die Arbeiter spüren von dieser Garantie gar nichts an ihren Realloöhnen, die in Wirklichkeit sinken, was die Zunahme der Frauenarbeit unwiderleglich beweist.

Die AZ (5.6.50) verkündete: "In den verstaatlichten Unternehmen soll der Arbeiter in dem Bewusstsein tätig sein, dass er nicht mehr für den höheren Profit eines Privatunternehmers oder anonymer Aktionäre schafft, sondern dass er der Gesamtheit dient". Allein die Tatsachen kommen immer mehr an den Tag:

Die Staatsbetriebe steigern die Produktion, die Produktivität und auch die Leistung pro Kopf des Arbeiters. Das heisst: die Staatsbetriebe betreiben kapitalistische Ausbeutung, sie steigern die Rate der Ausbeutung, sie erzielen wachsende Profite. Die AZ (5.4.52) sah sich gezwungen zu berichten, dass die Rentabilität der Staatsbetriebe 8 % beträgt, "wie die Privatindustrie" im Durchschnitt. Am 9.3.52 musste die AZ zugeben: "Auch die Leistung der (in den Staatsbetrieben) Beschäftigten pro Kopf ist gestiegen, rascher als in den meisten Betrieben der Privatindustrie" (!!!!! ...).

Schliesslich musste die AZ (11.6.53) eingestehen: "Die Gemeinwirtschaft ist keineswegs Feindin der Privatwirtschaft, sie hilft ihr und unterstützt sie vielmehr" (!!!!! ...) "Die Vorstellung, dass die Gemeinwirtschaft eine rein sozialistische Angelegenheit sei, ist völlig irrig" ... Womit die AZ die jahrelange Lüge des Schwindelsozialismus selbst feststellen musste.

Aber es kommt noch bei weitem dicker: "Die österreichische (verstaatlichte) Grundindustrie beliefert den Innenmarkt zu Preisen, die niedriger sind als in irgendwelchem Land (USA inbegriffen) ... und wer hat den Nutzen davon? In erster Linie die eisenverarbeitende und die Maschinenindustrie, die sich in Privatbesitz befinden" (AZ 11.6.53) ...

Nun entlarvt sich die Sozialgannerei: Die Staatsbetriebe reutieren sich dem kapitalistischen Staat mit 8 % Profit, sie schinden aber einen so grossen Mehrwert aus den Arbeitern heraus, dass sie in Form besonders billiger Preise der Privatindustrie einen Teil des Mehrwerts zuschieben, die sie in Profit der Privatkapitalisten verwandelt.

Da habt Ihr die Staatsbetriebe ohne Maske! Da habt Ihr den Schwindelsozialismus in Reinkultur: sie schäben den Privatkapitalisten Profit ab und die Arbeiter füttern sie mit schwindelsozialistischen Phrasen!

Der letzte Fetzen, mit dem sie diesen Massenbetrug bemänteln, das ist die Betriebsdemokratie, die bürgerliche Demokratie im Betrieb; die Betriebsräte dürfen in den Staatsbetrieben "mitreden, mitsprechen, mitberaten", welch aus den Arbeitern noch grössern Mehrwert heraus-

Darauf läßt die bürgerliche Demokratie im Betrieb, die berühmte "Wirtschaftsdemokratie" hinaus, dieser Trick, der die Ausgebeuteten mit dem Kapitalismus versöhnen soll.

III.

Folgendes ist damit b e w i e s e n:

1. Die verstaatlichten Betriebe dienen nicht dem "Volk", sondern der Kapitalistenklasse - auf Kosten der Ausgebeuteten.

2. SP und Gewerkschaftsbürokratie sind in Wirklichkeit Hilfswerkzeuge der Kapitalistenklasse, des kapitalistischen Staates.

Die entartete Arbeiterbürokratie, die sie beherrscht, ist in Wahrheit Agent der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterorganisationen schmarotzt sie politisch aus, macht sie zu Versorgungsrichtungen für sich und ihre Sippschaft. Gewerkschaftsgelder, die die Arbeiter zum Kampf für höheren Lohn usw. ansammeln, verwendet sie zum Zeichnen kapitalistischer Hilfsanleihe. Diese Herrschaften, diese Sozialparasiten wollen keinen Kampf gegen die Bourgeoisie (höchstens um das Gesicht zu wahren), in Wirklichkeit sind sie bewusste Saboteure des proletarischen Kampfes, auch des Lohnkampfes.

3. Die entartete Arbeiterbürokratie infolgedessen auch die SP, bewegt sich nicht auf der Linie der proletarischen Klasseninteressen. Die SP ist in Wahrheit das Werkzeug der entarteten Arbeiterbürokratie für ihre egoistischen Interessen, von dieser als Hilfsorganisation zur Verfügung gestellt der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Im gleichen Sinne missbraucht die demoralisierte Arbeiterbürokratie die Gewerkschaften. Geschäftsleute in Arbeitersachen für den eignen Sack - das sind die verkommenen Arbeiterbürokraten.

IV.

Die Stalinbürokratie hat die kapitalistische Verstaatlichung 1945-47 mitangeführt, hat die Koalition mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse mitgemacht. Sie arbeitet auch heute auf die Zusammenarbeit hin mit den "fortschrittlichen, demokratischen Kräften" (das sind solche Kapitalisten, die - gegen Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse - zu einer Aussenpolitik bereit sind, die der stalinbürokratischen Diktatur das Leben verlängert).

Auf die Frage, was die KP und die Nennipartei im Falle der Erlangung der Mehrheit im Parlament tun würde, antwortete Togliatti: Wir würden die Mehrheit annehmen, weil sie uns das Gesetz gibt, aber wir würden eine breite Koalition s r e g i e r u n g (mit der Bourgeoisie) bilden" (Tat, 7.6.53, Schweiz).

Togliatti wiederholte nur, was Seicherlsozialist Dr. Schärif erklärt hatte: "Wenn wir eine Mehrheit in Österreich erlangen, werden wir unter denselben Bedingungen Koalitionen (mit der Bourgeoisie) suchen oder ablehnen, wie dies in anderen (kapitalistischen) Staaten geschieht" (auf dem Parteitag der SP, siehe AZ 28.10.1947).

Die Partei der stalinbürokratischen Sozialgangster, die KP, und die Partei der sozialbürokratischen Sozialpharisäer, die SP, sie alle verraten die Arbeiterklasse, den Sozialismus, den (ehrlichen) Kommunismus so sehr sie sich als Konkurrenten bekämpfen, ihre Grundlinie ist die gleiche: es geht ihnen leitend nur um ihre stinkend egoistischen Schmarotzinteressen!

Die scheussliche Verratspolitik der Stalinbürokratie hält die Massen in der Gefolgschaft der SP, deren linke Flanke durch die liquinatorische Bankrottspolitik der Internationale Nr.3 1/4 gedeckt wird.

V.

Die schwindelsozialistische Politik hat die Bourgeoisie derart gestärkt, dass diese bereits Vorbereitungen zu treffen beginnt, sich ihrer Soziallakaien wieder zu entledigen. Sie hält sie bis auf weiteres noch mit in der Bourgeoisregierung, um den Schmarotzkonkurrenzkampf zwischen den Sozialpharisäern und den Sozialgangstern zu Gunsten der Bourgeoisie auszuüben, insbesondere aussenpolitisch.

Kampf für die proletarischdemokratische Produktionskontrolle der Betriebsräte der Staatsbetriebe, durch die darin beschäftigten Arbeiter und Angestellten!

Kampf für die proletarischdemokratische Kontrolle der Gesamtwirtschaft durch die Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger, dieser riesigen Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse!

Dieser Kampf muss gegen die Bourgeoisie geführt werden.

Bruch daher mit den Sozialverrättern, mit der SP und KP!

Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale!

Kampf für die Aufrichtung des Staates und der Wirtschaft der proletarischen Demokratie!

Kampf für den proletarischdemokratischen Frieden: Kampf gegen die Weltimperialisten! In Unterordnung darunter Kampf zum Sturz der stalinbürokratischen und titobürokratischen Diktatur, für die Aufrichtung der proletarischen Demokratie in der SU, in den "Volksdemokratien" und in Jugoslawien!

Kampf für die Föderation der proletarischdemokratischen Staaten Europas, aller Kontinente, Subkontinente, letzten Endes der ganzen Erde! Auf dem Wege der proletarischen Demokratie vorwärts zum demokratischen Weltsozialismus, letzten Endes zur klassenlosen, staatenlosen, parteilosen, brüderlichen Weltgenossenschaft aller Menschen ohne Unterschied!

17.6.53.